

Festlegungsprotokoll der Parteivorstandsberatung vom 3. Juli 2021

Samstag, 3. Juli 2021

10.00 bis 10.10 Uhr

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Nachgereichte Vorlagen wurden in die Tagesordnung einsortiert und diese wurde bestätigt. Der Tagesordnungspunkt 6 „überwiesene Anträge vom Februar-Parteitag“ wurde auf eine der kommenden Beratung verschoben. Die Beschlusskontrolle (Informationsvorlage 2021/184i) wurde zur Kenntnis genommen.

10.10 bis 10.35 Uhr

TOP 2 Aktuelles

Themen der Verständigung waren:

- ein Dank an alle abschnittsbevollmächtigten Parteivorstandsmitglieder, die Antragskommission und die Mitarbeitenden der Bundesgeschäftsstelle, die auf dem Parteitag tolle Arbeit geleistet haben
- die Unterschriftensammlungen des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ in Berlin
- die Bundeswehreinätze in Afghanistan und Mali und der Vorfall in Mali, bei dem Bundeswehrsoldaten schwer verletzt wurden und in diesem Zusammenhang unsere Abrüstungsforderungen
- die Tarifrunde im Einzelhandel
- die laufenden Sondierungsverhandlungen in Sachsen-Anhalt, die CDU entscheidet nächste Woche über mögliche Koalitionsverhandlungen
- die Fertigstellung des Wahlprogramms

Gute Arbeit für alle wurde geändert einstimmig beschlossen.

Beschluss 2021/186

DIE LINKE verurteilt die Polizeigewalt und lehnt das Versammlungsgesetz NRW entschieden ab! wurde einstimmig beschlossen.

Beschluss 2021/187

10.35 bis 12.15 Uhr

TOP 3 Auswertung Bundesparteitag

Themen der Verständigung waren:

- der Erfolg des Parteitages gerade unter den technisch erschwerten Bedingungen
- die Bearbeitung und Behandlung von über 1.000 Änderungsanträgen, Dank hierfür noch einmal an alle Beteiligten, hier auch die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen

- die Strukturierung der Generaldebatte, die künftig beibehalten werden sollte, hier konnte eine stärkere Bezugnahme hergestellt werden
- das gute Agieren der Parteivorstandsmitglieder und des Tagungspräsidiums, aber auch Kritik am Ungleichgewicht der Redebeiträge aus dem Präsidium bezüglich einer Quotierung (höhere Anteile männlicher Mitglieder)
- die Außenwirkung und mediale Wahrnehmung des Parteitages
- die motivierende Wirkung auf unsere Mitglieder in Bezug auf den Bundestagswahlkampf
- ein Lob an die Vorsitzenden/Spitzenkandidierenden beziehend auf ihr Agieren und ihre Reden auf dem Parteitag
- unsere leichte Steigung in den Umfragewerten nach dem Parteitag
- die Rolle, die wir im Wahlkampf spielen müssen bezüglich der sozialen und Friedensfrage, sowie der Vermittlung der Kernthemen unseres Wahlprogramms
- der Arbeitsumfang für die Parteivorstandsmitglieder in Vorbereitung des Parteitages, gerade für neue PV-Mitglieder. Es wurde der Wunsch geäußert, den Abschnittsbevollmächtigten eine Handreichung zu den genauen Aufgaben und Abläufen zu geben.
- Kritik am Verfahren der Blockabstimmungen
- der Wunsch nach stärkerer Verbindlichkeit aller Antragsstellenden an den Vorberatungen teilzunehmen
- positive Wirkung zum neuen Herangehen/Umgehen mit Geschäftsordnungsanträgen

Die Antragstellenden wurden zu diesem Tagesordnungspunkt eingeladen

Die Vorschläge zur terminlichen Behandlung der überwiesenen Anträge (2021/178i) wurden zur Kenntnis genommen.

Jan van Aken berichtete aus der Arbeitsgruppe Amtszeitbegrenzung bezüglich des Parteitagsantrags P.08.:

1. Es wird nicht nur eine Debatte, sondern auch eine Entscheidung angestrebt
2. Die Debatte zur Entscheidungsfindung soll nicht nur im PV, sondern breit mit Mitgliedern geführt werden
3. Die innerparteiliche Diskussion ist bis Ende 2022 vorgesehen
4. Die AG legt im Herbst 2021 ein Papier im PV vor, mit unterschiedlichen Positionen/Diskussionsansätzen

Anträge, die Behandlung von P.06 und P.07 zu verschieben, wurden angenommen. Die Antragstellenden werden erneut eingeladen.

Die Aktualisierung des **Sitzungsplanes** des Parteivorstandes und neue Termine für das 1. Halbjahr 2022 wurden beschlossen. Präsenzsitzungen sollen zweitägig stattfinden. **Beschluss 2021/182**

12.15 bis 12.35 Uhr

TOP 7 Behandlung weiterer Vorlagen

Die finanzielle **Unterstützung der Fiesta de Solidaridad** wurde mehrheitlich beschlossen.

Beschluss 2021/177

Die **finanzielle Unterstützung der Landtagswahl in Thüringen aus Mitteln des Zentralen Wahlkampf-fonds** wurde einstimmig beschlossen.

Beschluss 2021/180

Die **Teilfinanzierung des Ratschlags »Gewerkschaftlicher Aufbruch Ost«** wurde beschlossen.

Beschluss 2021/183

12.35 bis 13.20 Uhr

TOP 4 Diskussion über Abstimmungsverhalten im Bundestag zu den Gesetzentwürfen für dein Selbstbestimmungsgesetz und Ausblick

Der Parteivorstand begrüße Doris Achelwilm zu diesem Tagesordnungspunkt.

Es folgte eine Diskussion zum Thema.

»**Selbstbestimmung, soziale Sicherheit, Schutz – queere Solidarität hier und überall!**« wurde einstimmig beschlossen.

Beschluss 2021/181

13.20 bis 14.00 Uhr Mittagspause

14.00 bis 15.00 Uhr

TOP 5 Kommunikation im Bundestagswahlkampf

Christina Kaindl, Bereichsleiterin für Strategie und Grundsatzfragen in der Bundesgeschäftsstelle, stellte aktuelle Umfragen und Studien zur Bundestagswahl 2021 vor.

Umfragethemen waren unter anderem die Wahlabsichten, welchem Themen die Politik in naher Zukunft am meisten bestimmen werden, gewünschte politische Themen und unser Wähler:innenpotential.

Anschließend fand eine Diskussion zu Wahlkampfthemen und der Kommunikation im Wahlkampf statt.

15.00 bis 15.00 Uhr

TOP 6 überwiesene Anträge vom Februar-Parteitag

Dieser Tagesordnungspunkt entfiel.

15.00 bis 15.00 Uhr

Fortsetzung TOP 7 Behandlung weiterer Vorlagen

Der Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit im 1. Quartal 2021 (Informationsvorlage 2021/173i) wurde verschoben.

15.00 bis 15.10 Uhr

TOP 8 Verschiedenes

Jörg Schindler informierte noch einmal über das Angebot aus dem Bereich Internationale Politik, am kommenden Dienstag, den 6. Juli, ab 14 Uhr, an einer Gesprächsrunde mit dem Menschenrechtsverein aus Bremen zu Abschiebungen von Tamilinnen und Tamilen aus Deutschland nach Sri Lanka teilzunehmen.

Margit Glasow berichtete von den Beratungen der Ethik AG. Eine erste Präsenzberatung ist für den Herbst geplant. Hierzu wird sie auch noch eine PV-Vorlage einreichen.

15.10 Uhr Ende der Beratung

Anwesenheit:

	3.7.
Aken, Jan van	Ja
Al-Dailami, Ali	Ja
Aydurmus, Didem	Ja
Bank, Tobias	Ja
Becker, Maximilian	E
Behler, Antje	Ja
Benda, Friederike	E
Beutin, Lorenz Gösta	E
Ehling, Janis	E
Eisenreich, Kerstin	Ja
Felger, Kenja	Ja
Gallert, Wulf	Ja
Glasow, Margit	Ja
Gleiss, Thies	Ja
Gräfe, Konstantin	E

	3.7.
Gürpinar, Ates	E
Gutperl, Bettina	E
Hartmann, Stefan	Ja
Hennig-Wellsow, Susanne	E
Köditz, Kerstin	Ja
König, Johannes	Ja
Lompscher, Katrin	
Luedtke, Simone	Ja
Movassat, Niema	Ja
Pflüger, Tobias	Ja
Renner, Martina	Ja
Richter, Jan	Ja
Schirdewan, Martin	
Schindler, Jörg	Ja
Schubert, Katina	E
Schramm, Julia	Ja

	3.7.
Seifert, Ilja	Ja
Seppelt, Jana	Ja
Sojka, Michaela	Ja
Skubsch, Sabine	Ja
Tegeler, Maja	Ja
Tempel, Frank	Ja
Troost, Axel	Ja
Tut, Birgül	Ja
Weber, Daphne	E
Wery-Sims, Melanie	Ja
Wissler, Janine	Ja
Wolf, Harald	Ja
Zelik, Raul	

Gäste (manche nur stundenweise):

Name	Bereich/Institution
------	---------------------

Name	Bereich/Institution
Doris Achelwilm	MdB
Lia Becker	Bundesgeschäftsstelle
Janina Bloch	Bundesgeschäftsstelle
Michael Frey	Bundesgeschäftsstelle
Martin Glasenapp	Bundesgeschäftsstelle
Matthias Hinze	Bundesgeschäftsstelle

Name	Bereich/Institution
Christina Kaindl	Bundesgeschäftsstelle
René Kolditz	Bundesgeschäftsstelle
Oliver Schröder	Bundesgeschäftsstelle
Daniel Wittmer	Bundesgeschäftsstelle
Ronny Zimmermann	KV Lüneburg
Nadia Zitouni	Bundesgeschäftsstelle

Aufgeschrieben von: Janina Bloch

Verteiler: Verteiler entsprechend Geschäftsordnung des Parteivorstandes, Anlage 2
Bereichs- und Büroleiter/innen der Bundesgeschäftsstelle.